

Die amerikanische Führungselite auf Reisen

Zusammenfassung der US- Berichterstattung für die Woche vom 23.05.- 29.05.2011

(ak) Während die Nachwirkungen der Naturkatastrophen die Menschen im Inneren der USA in Atem hielten, standen im Verlauf der Woche Diplomatie und Außenpolitik im Zentrum der Berichterstattung. Unter anderem trat Präsident Obama am Montag seine sechstägige Europa-Reise an, während Außenministerin Hilary Clinton nach Pakistan reiste, um die angespannten Beziehungen seit der Ermordung Osama bin Ladens zu entschärfen.

Bereits mit dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Washington zeichnete sich ab, dass die vergangene Woche ganz im Zeichen der Beziehungen mit dem Nahen Osten und Nordafrika stehen würde. In seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress beteuerte Netanjahu den Willen Israels, zu einer friedlichen Lösung im Nahost-Konflikt zu kommen. Israel sei zu „schmerzhaften Kompromissen bereit“ und werde den Palästinensern Gebiete des Landes zusprechen, damit diese einen unabhängigen und lebensfähigen Staat erschaffen könnten. Obamas Vorschlag, als Grundlage die Grenzen von 1967 (vor dem Sechs-Tage-Krieg) zu nehmen, lehnte Netanjahu jedoch kompromisslos ab. Diese Lösung würde die Sicherheit des Staates Israel gefährden. Des Weiteren kündigte der israelische Ministerpräsident zusätzliche Einschränkungen an. Dazu gehörten unter anderem die bedingungslose Zugehörigkeit der Stadt Jerusalem zum Staat Israel sowie die Stationierung militärischer Einheiten an in Grenznähe auf unbestimmte Zeit.

Auch beim G8-Gipfeltreffen im französischen Deauville lag der Fokus auf die Krisengebiete im Nahen Osten und Nordafrika. Die G8-Staaten Kanada, USA, Russland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Japan und Deutschland sprachen Ägypten und Tunesien bis 2013 rund 10 Milliarden Euro zu, um die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen zu fördern. Dieser „arabische Frühling“ wird auch von anderen Nationen und Organisationen, wie z.B. Saudi Arabien und dem Internationalen Währungsfond (IWF), mit schätzungsweise 30 Milliarden Euro unterstützt. Eine weitere wesentliche Entwicklung in der Nahost-Politik, welche sich in Gesprächen nach dem offiziellen Teil des Gipfels abzeichnete, ist die Entscheidung des französischen Gastgebers Sarkozy und des amerikanischen Präsidenten Obama, die Luftangriffe der NATO in Libyen weiter fortzusetzen.

Neben allen außenpolitischen Bemühungen kamen auch andere politische Verpflichtungen nicht zu kurz. Laut der *LA Times* verlängerte Obama mit seiner Unterschrift den Patriot Act um vier Jahre bis Juni 2015. Da der Präsident sich zu diesem Zeitpunkt außer Landes befand, erfolgte seine Unterschrift kurz vor Ablauf der Frist durch den *automatic pen*.

Auch das Thema Naturkatastrophen stand diese Woche wieder im Fokus der Medienberichte. Nach den verheerenden Folgen der Twister-Serie der vergangenen Wochen verwüstete erneut ein Tornado Teile des Mittleren Westen der USA. Besonders schwer getroffen wurde die Stadt Joplin im südwestlichen Missouri. Nach Angaben der *Washington Post* fielen dem Tornado mindestens 139 Menschen zum Opfer, 100 Menschen werden noch vermisst. Die bisherige Anzahl der Todesopfer lässt bereits jetzt darauf schließen, dass 2011 das folgenschwerste Tornado-Jahr seit den 1950ern wird.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com